

fr̈eiheit uñd pr̈ekârität

Vernetzungstag und
Symposium, Linz

21. und 22. November 2008

reader

verbãnd fem:nist:ischer w:señschâfter:innen



IGBILDENDEKUNST



IG Kultur Österreich

- 4 Vorwort der Redaktion
- 6 **Frei zu denken, frei zu arbeiten, frei zu leben**
Sabine Prokop
- 11 **„Freiheit“ und Prekarität**
Oder wie lebt und arbeitet das „künstlerisch-kreative“
Subjekt als „Nicht-StaatsbürgerIn“?
Petja Dimitrova
- 16 **In der Galerie der Siegerinnen –**
wir haben es satt, gut zu sein!
Roswitha Kröll
- 21 **Zurück zum Start**
Zum Grundeinkommen ist es noch ein langer Weg –
vielleicht führt er über die Arbeitsmarktpolitik
Juliane Alton
- 25 **Prekäre (sexuelle) Arbeit an der Gesellschaft**
Jo Schmeiser
- 29 **Manifest im Handstand. Version 1.1**
Die Chronistin 1.1 (Marty Huber)
- 32 **Die Frau, die Arbeit, der Pass... und das Geld**
Vernetzungstag und Symposium. Ein Bericht.
Daniela Koweindl
- 37 Links
- 39 Impressum

Vorwort

Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Prekarität

Die Prekarisierung von Arbeit und Leben nimmt zu. Materielle Verarmung, Vereinzelung und Spaltung der Gesellschaft sind (absehbare) Folgen dieser Entwicklung und machen eine Vernetzung von Initiativen und Handlungsansätzen notwendig. Mit dem Vorhaben, in einen multidisziplinären, aber fokussierten Austausch rund um Prekarisierungsprozesse zu treten, haben FIFTITU%, IG Bildende Kunst, IG Kultur Österreich und der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen zur Auseinandersetzung mit Freiheit und Prekarität Ende November 2008 nach Linz eingeladen.

Mit einem Vernetzungstag und Symposium stand die zweitägige Veranstaltung einerseits in der Kontinuität der seit 2004 stattfindenden Vernetzungstreffen kunst- und kulturschaffender Frauen, andererseits in der Kontinuität der Symposienreihe des Verbandes feministischer Wissenschaftlerinnen. Als ein Forum für Reflexionen und die Entwicklung von Strategien konzipiert, sollte ein wissenschaftlicher, künstlerischer, kultureller, zivilgesellschaftlicher, politischer und in jedem Fall feministischer Austausch ermöglicht werden.

Der nun vorliegende Reader versammelt Texte, die auf den Inhalten der Präsentationen, Vorträge und Workshops aufbauen. Juliane Alton, Petja Dimitrova und Roswitha Kröll haben ihre Vorträge bzw. Präsentationen zu Papier gebracht und manche Aspekte noch erweitert und vertieft. Die Texte von Marty Huber und Jo Schmeiser greifen die in ihren Workshops ausgelösten Debatten auf und halten (erste) Diskussionsergebnisse fest. Darüber hinaus hat sich Sabine Prokop in einem einleitenden Beitrag mit dem Begriffsduo Freiheit und Prekarität im Kontext von Kunst, Kultur und Wissenschaft auseinandergesetzt. Ein Veranstaltungsbericht von Daniela Koweindl ergänzt die Textesammlung. Wenn auch – aufgrund verschiedener prekärer Situationen – leider nicht alle Referentinnen Schriftliches beisteuern konnten, möchten wir hiermit eine nachhaltige und breit gefächerte Basis zur Weiterarbeit am Thema liefern.

Wir bedanken uns bei allen Frauen, die zur inhaltlichen Bereicherung und (somit) zum Gelingen dieser intensiven Veranstaltung beigetragen haben und laden zu einer anregenden Lektüre ein!

Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Prekarität –
Iris Aue, Gabi Gerbasits, Marty Huber, Ursula Kolar,
Patricia Köstring, Daniela Koweindl, Roswitha Kröll,
Sabine Prokop, Gerlinde Schmierer

Frei zu denken, frei zu arbeiten, frei zu leben

Sabine Prokop

Kunst, Kultur & Prekarität: Die schwierige Existenzform mit wechselnden, ungesicherten und oft nur ein Zubrot umfassenden Einkommensmöglichkeiten, die quasi auf Bitten und Widerruf beruhen (vgl. lat. prekär), ist KünstlerInnen historisch gesehen bereits lange bekannt und berufstypisch. Kunst konnte von den meisten KünstlerInnen nur einige Jahre lang oder ausschließlich neben anderen Beschäftigungen ausgeübt werden. Prekarität und künstlerische Tätigkeit waren und sind eng verbunden. KünstlerInnen gelten als „role models“ für prekäre Arbeitsverhältnisse.

Unter dem Stichwort Liberalisierung wird heutzutage die Realisierung von subjektiven Lebensentwürfen gefordert und auch gefördert. Gleichzeitig steigt jedoch der Druck des Marktes auf die Einzelnen infolge der immer mehr um sich greifenden Ökonomisierung. Der diskursive Hype um Creative Industries illustriert diese Entwicklung: Der Kunst- und Kulturbereich werden zunehmend unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen, das vermeintlich hohe Beschäftigungspotenzial der Kreativbranchen ist zur zentralen Legitimationsfigur für öffentliche Förderungen geworden.

Der Etikettenschwindel, der hinter diesem Polit-hype steht, wird von vielen Seiten nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Tatsache ist, dass sich die Arbeitsverhältnisse in den Creative Industries nicht von den berüchtigt schlechten Bedingungen, die im Kunstbetrieb seit langer Zeit bekannt sind, unterscheiden; nur wird mit dem Begriff „Kultur-UnternehmerIn“ suggeriert, dass die Betroffenen ihre missliche Lage selbst verschuldet hätten. So wird von den massiven strukturellen Problemlagen abgelenkt. Jede ist ihres Glückes Schmiedin.

Wissenschaft & Prekarität

Ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Liberalisierungstendenzen hat das Universitätsgesetz 2002 unter anderem Drittmittelprojekte, die aus nicht-universitätsinternen „Töpfen“ finanziert werden (sollen), an den Universitäten forciert. Durch diese so genannte Öffnung werden zwar fallweise freie oder nicht (mehr) längerfristig an Universitäten angestellte WissenschaftlerInnen in solchen Forschungsprojekten beschäftigt. Es wird aber „immer – selbstverständlich informell – von Seiten der Institution klargestellt, Mitarbeit ja, aber Arbeitsplatz, Infrastruktur nein, das geht nicht, kein Platz, kein Geld, ja vielleicht der eine oder andere Betrag für Overheadkosten“¹. Die bildungspolitische Entwicklung richtet sich deutlich gegen freie WissenschaftlerInnen – und besonders gegen freie feministische Denkerinnen und Forscherinnen. Nicht nur wenn sie die geforderte Transdisziplinarität und pluralistische Herangehensweisen verwirklichen, sind sie entsprechend oft am Rande der Disziplinen tätig. Als zeitweise Lehrende oder eben Teilzeit- oder befristete Projektmitarbeiterinnen sind sie auch nicht innerhalb der Institutionen verortet. Sie werden „nicht selten mit Ignoranz, Abwertung und Marginalisierung konfrontiert“² und kämpfen um ihre Existenz, die in gerade dieser Form nicht immer freiwillig gewählt ist.

Viele freie feministische Wissenschaftlerinnen in Österreich leben unter dem Existenzminimum, wie der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen, der seit seiner Gründung im Jahr 2000 die Interessen freier feministischer Wissenschaftlerinnen und feministischer Wissenschaften vertritt, wiederholt aufgezeigt hat.

„Was wollten wir werden? Was werden wir wollen?“ fragten in einem Workshop auf der Frauenfrühlingsuni 2007 Renate Fleisch, Sabine Prokop und Hanna Hacker, die dazu feststellte: „Seit der ersten und der letzten österreichischen Frauensommeruni (1984 bzw. 1990) scheinen sich die Selbst-Entwürfe feministischer ‚Denkerinnen‘ bzw. Studentinnen sehr gewandelt zu haben. Hieß autonome Frauenbewegung nicht auch, Saboteurinnen der ‚patriarchalen‘ Institutionen Uni und akademischer Wissenschaftsproduktion werden zu wollen? Andererseits: Das, was heute einigen möglich ist, nämlich sich an einer Perspektive feministischer ‚Junior‘-Karrieren in der Wissenschaft zu orientieren, gab es ‚einstmals‘ auch noch gar nicht und ist selbst Ergebnis frauenbewegter Kämpfe und Aushandlungen.“³

Frei sind jene Wissenschaftlerinnen, die sich als frei bezeichnen, bis heute jedenfalls nicht bei Forschungsanträgen und Bewerbungen, wo die Unterstützung verschiedenster Institutionen und Konstellationen nötig ist. Es bleibt also in Bezugnahme auf die sechste österreichische Frauensommeruniversität⁴ zu überlegen „wofür wir frei sein wollen und wohin diese Freiheit führen kann“⁵.

Freie Kunst & Wissenschaft

Freie künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeit braucht ein hohes Maß an Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Mobilität und nicht zuletzt Flexibilität. Letztere ist inzwischen zu einer Schlüsselqualifikation geworden. Die trotz der widrigen

Arbeitsumstände meist sehr hohe Motivation der freien „Kultur- und WissensproduzentInnen“ lässt sie zu Vorbildern für neue Beschäftigungsmodelle werden.⁶ Dabei werden jedoch Modelle geschaffen, die vor allem einseitig für die ArbeitgeberInnen von Vorteil sind. Die positiven Aspekte freier künstlerischer oder wissenschaftlicher Tätigkeit fehlen. Die so genannten Neuen Selbständigen sind von den „alten“ AuftraggeberInnen weiterhin abhängig, müssen jedoch einen Großteil des Risikos übernehmen ohne die „alten“ sozialen Sicherheiten zu erhalten. Auch die Freiheit von so genannten freien DienstnehmerInnen ist nicht zuletzt „in dem Sinne zu verstehen, dass sie frei von etwa Urlaubsanspruch, 13. und 14. Monatsgehältern, von Arbeitslosenversicherung und von Krankengeld sind“⁷. Die letzte Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes brachte zwar die Einbeziehung freier DienstnehmerInnen in die Arbeitslosenversicherung (seit 2008), aber zugleich auch Erleichterungen bei der Verhängung von Zwangsmaßnahmen und Bezugssperren für Erwerbsarbeitslose. 2009 folgte die freiwillige Arbeitslosenversicherung für selbständig Erwerbstätige. Doch für (Neue) Selbständige ist die Definition von Arbeitslosigkeit weitgehend unbrauchbar, die erforderliche Anwartschaft vielfach schwierig zu erreichen und der Versicherungsbeitrag bei geringem Einkommen ohnehin kaum leistbar. Zeitgenössischen Erwerbsbiografien mit rascher Abfolge und/oder Gleichzeitigkeit verschiedener Beschäftigungsformen wird nicht Rechnung getragen. Nicht anders verhält es sich mit der geplanten bedarfsorientierten Grundversicherung (Mindestsicherung), die zudem u.a. eine vorherige Auflösung des eigenen Vermögens und (ebenso wie schon bisher bei Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe) die zu beweisende Arbeitswilligkeit voraussetzt.

Prekarität & Freiheit

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens sieht hingegen die regelmäßige Auszahlung eines Existenz sichernden Fixbetrages ohne Gegenleistung für alle vor. Ziel ist (mit dem Motto des Grundeinkommenskongresses 2005 in Wien ausgedrückt): In Freiheit tätig sein! „Nicht Erwerbsarbeit, sondern materielle Sicherheit steht hier im Vordergrund.“⁸

Zur Umbewertung von Arbeitskraft hat Frigga Haug am Vorarlberger VfW-Symposium Prekarität & Demokratie 2007 ihre Utopie der „Vier-in-Einem-Perspektive“⁹ zur Diskussion gestellt, die explizit nicht Erwerbsarbeit ins Zentrum stellt. Sie geht bei diesem Konzept von vier mal vier Stunden Tätigkeit für alle Erwachsenen pro Tag aus: vier Stunden Erwerbsarbeit, vier Stunden Reproduktions-/Pflegearbeit, vier Stunden Lernen, Kulturelles, Hobbies u.ä. sowie vier Stunden Agieren als politischer Mensch. Frigga Haug meint, die Prekaritätsfrage würde mit der Verwirklichung dieses Modells verschwinden.¹⁰ Dies ist eine Utopie, die sich sehr von der Realität der ProjektarbeiterInnen unterscheidet, deren Wochenarbeitszeit schnell den Umfang eines Normalarbeitsverhältnisses überschreitet. Subjektiv angepasste Arbeitszeiten und vermeintliche Unabhängigkeit scheinen zwar durch Flexibilisierung möglich, doch die nötigen Kreativitätsprozesse für künstlerische und auch wissenschaftliche Arbeit können ebenso wie Versorgungsarbeit nicht beschleunigt werden und gehen dann im ständigen Galopp der Projektakquise zur Absicherung der prekären Existenz unter. Die durch den Abbau des Sozialstaats in die „Freiheit“ entlassenen Menschen sind „Freigesetzte“ und sollen ihre „Freiheit zur marktförmigen Organisation“ ihres Lebens nutzen – getragen von der „Selbstwirksamkeitserwartung“ und begleitet von der „Angst, überflüssig zu sein“.¹¹

Freiheit in Prekarität

Frei zu denken, frei zu arbeiten, frei zu leben sind Grundrechte. Doch um diese genießen zu können, wird von den Einzelnen sehr viel riskiert und in Kauf genommen. Freiheit muss und wird grundlegend für Wissenschaft wie auch für Kunst immer wieder eingefordert werden (müssen). Was aber konkret hinter der Freiheit steht, ist oft schwer zu definieren. Die Philosophin Andrea Günter beispielsweise räumt der Freiheit in ihren Überlegungen zur Politik großen Stellenwert ein.¹² Für sie sind die drei maßgeblichen Motivationen für die Frauenbewegung „Liebe zur Freiheit, der Wunsch nach gelingenden Beziehungen und einem freien Sinn der weiblichen Existenz“. Dabei bezeichnet sie diesen freien, der „weiblichen Existenz“ eigenen Sinn als einen, „der nicht aus dem Vergleich mit dem Männlichen hergeleitet ist“¹³.

Freiheit als Utopie?

Dass Utopien relativ unkonkret sein sollen, da sie so leichter vermittelt werden können und somit besser politische Veränderungen bewirken, meint die Politologin Antje Schrupp. Sie versucht am Beispiel der Utopie der Frauenbewegung – „Frauen sind frei. Das Patriarchat ist zu Ende“ – aufzuzeigen, dass durch die weitgehende Unkonkretheit zwar kein einheitliches Programm, jedoch große Änderungen erreicht worden sind. Dies sei durch die Vermittlung, also die politische Praxis der Beziehungen, geschehen. Die unkonkrete Utopie wird durch die Verknüpfung mit dem subjektiven Begehren real. Sie betont: „Politisch Handeln bedeutet, Beziehungen einzugehen, also Beziehungen, die mir erlauben, meinem Begehren zu folgen, also meine Utopien zu realisieren. Und es bedeutet, Beziehungen zu lösen, die mir das verunmöglichen.“¹⁴

Im Vernetzungstag und Symposium Freiheit und Prekarität wurde dieser Handlungsempfehlung gefolgt: in der Vernetzung von Initiativen ebenso wie von einzelnen Protagonistinnen, die sich mit prekären Verhältnissen beschäftigen – oder in solchen arbeiten und leben. Ihrer Motivation dazu und welchen Zwängen dieses subjektive, „eigene“ Begehren untergeordnet sein kann, diesen Fragen wurde gemeinsam nachgegangen. Der Wunsch nach Freiheit bleibt treibende Kraft, auch wenn er in die Prekarität mit ihren vielfältigen und vieldimensionalen Abhängigkeiten führt. Freiheit ermöglicht es, dem eigenen Begehren zu folgen, dort Energie für Widerstand zu finden, neue Bedeutungen zu generieren und auch Vergnügen zu emp/finden. Die Zirkulation von Bedeutungen und Vergnügen in einer Gesellschaft – wie mit John Fiske (1987) Kultur definiert werden kann – ist letztendlich nicht dasselbe wie die Zirkulation von Wohlstand: „Meanings and pleasures are much harder to possess exclusively and much harder to control“¹⁵.

Dieser Text basiert auf dem von von Iris Aue, Gabi Gerbasits, Marty Huber, Daniela Koweindl, Elisabeth Mayerhofer, Katharina Prinzenstein und Sabine Prokop erarbeiteten Konzept für die Veranstaltung Freiheit und Prekarität.

Sabine Prokop ist feministische Kultur- und Kommunikationswissenschaftlerin, Künstlerin, Universitätslektorin, Mitbegründerin und derzeit Obfrau des Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen. Aktuell ist sie Geschäftsführerin der IG Freie Theaterarbeit.

Anmerkungen

- 1 Blimlinger, Eva (2006). „Die flexiblen und mobilen Ichlinge“. In: Kulturrat Österreich. IG Infoblätter Nr. 85a, 2a/96: 4
- 2 Perko, Gudrun (2001). Feministische Wissenschaftlerinnen in Österreich organisieren sich in einem Verband. www.vfw.or.at: 3
- 3 Fleisch, Renate; Hacker, Hanna; Prokop, Sabine; Staritz, Nikola (2008). „Was wollten wir werden? Was werden wir wollen? Feminismen – Uni – Anti-Uni ... und die Generationen/Brüche“. In: Wuich, Brigitte; Dietl, Claudia; Günther, Elisabeth; Ambrosch, Heidi; Daimler, J. Anna; Abdallah, Madlen; Staritz, Nikola (Hg.innen). TROTZ.DEM. IMMER WIEDER. Ansprüche, Widersprüche und Wirklichkeiten der FrauenFrühlings-Universität 2007. Einblicke und Ausblicke. Löcker Verlag, Wien
- 4 Vgl. Verein zur Förderung von Frauenbildungsprojekten (Hg.in) (1991). Autonomie in Bewegung. 6. Österreichische Frauen-sommeruniversität. Texte, Reflexionen, Sub-Versionen, Wien
- 5 Perko 2001: 3
- 6 Vgl. Ellmeier, Andrea (2005). Freie WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen: Avantgarde des flexibilisierten Arbeitsmarktes. <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1114329221/1114533090> [5.2.2009]
- 7 Blimlinger, Eva (2005), zit. nach flexible@art, Kapitel 3: 43 (Print)
- 8 Michalitsch, Gabriele (2007). „Grundeinkommen. Bedingungslose Befreiung oder bewusste Befriedigung?“. In: IG Kultur Österreich (Hg.in). Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. 3/2007: 12-15; 13
- 9 Haug, Frigga (2008). Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Argument, Hamburg
- 10 Vgl. Prekarität und Demokratie. AEP-Information. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. 3/2008. Innsbruck: Arbeitskreis für Emanzipation und Partnerschaft
- 11 Vgl. Assheuer, Thomas (2003). „Ich-AG. Leben auf eigene Rechnung“. In: Die Zeit 17.12.2003
- 12 Günter, Andrea (2001). Die weibliche Seite der Politik. Ordnung der Seele, Gerechtigkeit der Welt. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/T
- 13 Vgl. http://www.antjeschrupp.de/rez_guenter_weibl_seite.htm [5.2.2009]
- 14 Vgl. Schrupp, Antje (2004). Utopie konkret. <http://www.antjeschrupp.de/utopie.htm> [5.2.2009]
- 15 Vgl. Fiske, John (1987). Television Culture. Routledge, London and New York: 18

„Freiheit“ und Prekarität

Oder wie lebt und arbeitet das „künstlerisch-kreative“
Subjekt als „Nicht-StaatsbürgerIn“?

Petja Dimitrova

„Die Prekarisierung von Arbeit und Leben nimmt zu.“¹
Und zwar auch für die StaatsbürgerInnen des entwi-
ckelten Kapitalismus. Die „Nicht-StaatsbürgerInnen“
befinden sich schließlich immer schon in sehr prekären
Arbeits- und Lebensverhältnissen.

„Nicht-StaatsbürgerInnen“ werden durch eine „selbst-
verständliche“ Politik der Entrechtung und Aus-
schlüsse einer (protektionistischen) nationalstaatlichen
Logik immer wieder neu produziert. Sie leben im
Ausnahmestand, der durch gesetzliche Regelungen
gegen Bewegungsfreiheit, durch Vorenthaltung des
Wahlrechts sowie Vorenthaltung (oder jedenfalls
massive Einschränkung) des Rechts auf Niederlassung,
auf Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Asyl,
binationale Eheschließung, etc. manifestiert wird.

Auch KünstlerInnen bzw. KulturproduzentInnen, die in den so genannten westlichen Kapitalismen leben, sind vor allem eines: StaatsbürgerInnen oder „Nicht-StaatsbürgerInnen“. Denn um wählen, verreisen, studieren, (erwerbs)arbeiten, Sozialleistungen beziehen, (frei gewählte) Partnerschaften gründen und vieles andere mehr zu können, sollten sie (auch) die „richtige“ Staatsbürgerschaft vorweisen. KünstlerInnen und KulturproduzentInnen gelten aber auch als sehr „rentable“ und gut ausbeutbare Prototypen einer Arbeitskraft im Neoliberalismus – also kreativ, gut ausgebildet, meistens jung, mobil, flexibel, in der Lage ohne fixen Job und ohne regelmäßiges Einkommen auszukommen sowie an mehreren Orten gleichzeitig leben und arbeiten zu können. Gleichzeitig steht die im Erwerbsleben geforderte Mobilität im Konflikt mit Regulierungen, Gesetzen und Grenzen des (National)Staates.

Anscheinend eignen sich KünstlerInnen ganz gut, um neue Modelle der Prekarisierung von Arbeit zu erproben, als auch sich innerhalb der vorherrschenden Migrationspolitiken zu bewähren. Migrationspolitiken waren schließlich schon immer das „Pilotprojekt“ der Prekarisierung.

Stop and Go

Es ist zum Beispiel gesetzlich nicht mehr möglich, sich als KünstlerIn² ohne EU/EWR-Pass ein stabiles Leben in Österreich aufzubauen. Hier „kreativ“ zu leben und zu arbeiten ist seit dem neuen Fremdenrechtspaket (seit 2006) nur noch im Rahmen einer maximal einjährigen Aufenthaltsgenehmigung für den vorübergehenden Aufenthalt „möglich“. KünstlerInnen, die länger bleiben (möchten), zahlen weiterhin Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, um eventuell eine (wieder ebenso kurzfristige) Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Dieser Aufenthaltsstatus erlaubt letztlich auch nicht den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.³ Hierfür wäre eine mindestens

fünfjährige Niederlassung (nicht bloß ein „Aufenthalt“) in Österreich erforderlich, doch die Niederlassungsbewilligung für KünstlerInnen wurde mit demselben Fremdenrechtspaket abgeschafft.

Wie werden Politiken und Lebensrealitäten der Prekarisierung, Ausbeutung und Rassismus in Form von künstlerischer Arbeit von KünstlerInnen thematisiert? Was bedeutet dieses „Nicht-StaatsbürgerIn“-Sein für das „künstlerisch-kreative“ Subjekt in Österreich? Wer ist mit dieser Bezeichnung gemeint? Zuerst ist festzuhalten, dass dieser Status als „Nicht-StaatsbürgerIn“ ein „inflationärer“ ist, aber innerhalb von Subjektivierungsprozessen variiert. Es ist ein politischer Begriff, der auf Ungleichheit hinweist. Als „Nicht-StaatsbürgerInnen“ sind nicht nur Menschen zu verstehen, die völlig entrechtet, also illegalisiert sind und im „Untergrund“ leben, sondern auch jene, die zwar über einen legalen (Aufenthalts)Status verfügen, aber wegen dem „Nicht-Besitz“ der „richtigen“ Staatsbürgerschaft in ihren Rechten und im Zugang zu Ressourcen eingeschränkt sind.

Staatsbürgerschaft?

Gibt es emanzipatorische Kräfte in der Entscheidung, die eigene benachteiligte Situation als „BürgerIn 2. Klasse“ (z.B. in Österreich) durch den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu verändern und in der Folge gleiche Rechte zu erlangen? Ist das Erhalten von Privilegien als „EU/EWR-StaatsbürgerIn“ und dadurch die Zustimmung zur eigenen Inklusion in die nationalstaatliche Herrschaftsstruktur opportun? Wer darf unter welchen Bedingungen StaatsbürgerIn werden?

Diese sind einige der wesentlichen Fragen meines Diplomvideos „Staatsbürgerschaft?“ (2003), das den rechtlich-administrativen Weg zur Bewerbung um die österreichische Staatsbürgerschaft verfolgt und die (ideologischen) Positionen von Lehrenden der Akademie der bildenden Künste Wien dar-

stellt, die – wie auch von den Behörden verlangt – ihre „Empfehlung“ für den Verleih der österreichischen Staatsbürgerschaft abgeben sollen. In Erinnerung bleibt auch eine während der (Diplom)-Prüfung gestellte Frage von einem teilnehmenden Professor der Diplomkommission: „Haben Sie bei uns in Österreich Ihr Studium absichtlich in die Länge gezogen, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben?“ Heutzutage ist der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft mit einem Studierendenstatus nicht mehr möglich.

Wie lebt und arbeitet das „künstlerisch-kreative“ Subjekt als „Nicht-StaatsbürgerIn“?

An der Kunstuni gibt es (auch) Studierende, die sich in ungewisser Existenz bzw. Aufenthaltslage befinden. Ihr Asylverfahren läuft jahrelang, nebenbei ihr Studium (oder umgekehrt?). Immerhin ist es (noch) möglich – sofern die Aufnahmeprüfung bestanden ist – als Flüchtling „regulär“ (Kunst) zu studieren. Doch während des Erwerbs des akademischen Grades (und ebenso danach) sind diese Studierenden im Falle der Nicht-Anerkennung des Asylantrages jederzeit der Gefahr der Ausweisung und Abschiebung ausgesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass gemäß dem Fremdenengesetz der Erstantrag für einen Studienaufenthalt in Österreich in der österreichischen Botschaft im eigenen Land erfolgen muss. Wer allerdings als Flüchtling zurückfahren kann, das interessiert das Innenministerium nicht.

Durch mehrere Semester hindurch beschäftigen sich viele dieser Studierenden in ihren künstlerischen Arbeiten mit dem Ausnahmezustand ihrer psychischen oder physischen Existenzlage, bilden polizeiliche und juristische Dokumente aus dem Alltag „künstlerisch“ ab und stellen klare politische Forderungen gegen diese Politiken. Studierende thematisieren immer öfter ihre eigene prekäre Lage: von der Visualisierung der (ausbeuterischen) Arbeitsbedingungen ohne Arbeitserlaubnis bis zu

Formen der Bekämpfung von Rassismus in Alltag und auf struktureller Ebene.

Sex Works und Animal Love

Lina Dokuzović „performt“ in ihrer Arbeit „Sex Works“ (2008) den Dialog zwischen einer Cyber-Sexarbeiterin und einem Klienten namens big-dick69. Während er für seinen Voyeurismus bezahlt, um ihren nackten Körper zu sehen zu bekommen, „unterhalten“ sie sich über die rechtliche Lage von SexarbeiterInnen in Österreich, über rassistische migrationspolitische Gesetze, über die Illegalisierung von Menschen, die diese zu einer erniedrigenden Lebensweise zwingt, über rechtliche Bedingungen, unter denen sie ihr Kunststudium als „Nicht-EU/EWR-Staatsbürgerin“ durchführt, usw. usf.

Sinan Mullahasanovs Diplomarbeit „Animal Love“ (2008) erzählt von seiner Ankunft in Wien am Südbahnhof⁴ als er sich als allererstes die Adresse der Kunstakademie besorgt, um dort die Aufnahmeprüfung (für eine bessere Zukunft durch Ausbildung) zu versuchen. Seit seinem Studienbeginn (und bis heute) malt und zeichnet er zahlreiche Hundeporträts, die (kleinbürgerliche) mehrheitsösterreichische „SammlerInnen“ in Auftrag geben. Mit diesen Auftragsarbeiten finanziert Sinan Mullahasanov sein Studium und seinen Alltag. Die Arbeit „Animal Love“ ist eine Collage von handwerklich wunderschön gemalten, kitschigen Bildern der „Lieblinge“ seiner AuftraggeberInnen – zusammenmontiert mit Abbildungen von behördlichen Papieren, die regelmäßig in seinem Briefkasten landen und ihn auffordern, gegenüber der Fremdenpolizei seinen Studentenstatus zu beweisen und Bestätigungen seiner finanziellen Lage zu erbringen. Die Arbeit weist auch auf etwas Weiteres, sehr Wesentliches hin: Als Student aus einem „Nicht-EU/EWR-Land“ hat er keine Arbeitserlaubnis.

Diese und ähnliche (künstlerische) Beiträge leisten politische Arbeit, die immer mehr Menschen an den Universitäten mit den rassistischen Politiken des österreichischen Staates konfrontiert. Einige (leider noch wenige) interessierte Lehrende und Studierende begreifen diese Themen als zentral im (Aus)Bildungsprogramm. Antirassismus, Antidiskriminierung, Anti-Homophobie und Anti-Antisemitismus sind zwar (noch immer) stark marginalisierte Lehrstoffinhalte in den (elitären) Universitätsprogrammen, doch es wird um mehr Platz dafür gekämpft – mit dem Ziel, mehr zur (Heraus)Bildung von politisch kritischen BürgerInnen beizutragen.

Welche Formen der Politisierung sind abseits von theoretischen (Text)Analysen und individuellen künstlerischen Praxen noch möglich?

Wäre das selbstinitiierte Projekt „Bleiberecht für Alle. Eine Ausstellung zum Thema Illegalisierung, Bleiberecht und Bewegungsfreiheit“⁵ der Studierenden des Ordinariats für postkonzeptuelle Kunst (pcap) an der Akademie der bildende Künste Wien ein solches Beispiel? In Solidarität mit illegalisierten StudentInnen der Kunstuni sowie als Beitrag zu den Aktivitäten zum Tag des Bleiberechts am 10. Oktober 2008 initiierten Studierende eine Veranstaltung, die das Bleiberecht und das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle in Österreich lebenden MigrantInnen forderte. Das Ergebnis war eine Ausstellung mit der Beteiligung von StudentInnen, AktivistInnen und KünstlerInnen, die im Feld des politischen Antirassismus arbeiten. Der Aufruf zur Unterstützung, und dazu, sich diesem politischen Statement anzuschließen, wurde an der ganzen Uni (und explizit an das Rektorat) versendet. Denn eine klare Positionierung für ein Bleiberecht für alle bedeutet Umverteilung von Ressourcen und Privilegien sowie die Hinterfragung des (konservativen) Konstrukts des Nationalstaates.

Leider hat das Rektorat nicht rechtzeitig und adäquat auf die (Auf)Forderung zur Unterstützung einer Veranstaltung zum Bleiberecht für alle reagiert, um das Projekt in repräsentativen Räumen und mit (finanzieller) Unterstützung zu realisieren. Trotzdem hat die pcap-Klasse die Veranstaltung in den (Aus)Bildungsräumen der Uni durchgeführt und dadurch die Akademie der bildenden Künste in den Kontext des Projekts involviert. Das Ausstellungsprojekt wurde schließlich von einer relativ breiten Öffentlichkeit wahrgenommen und fand starke unterstützende Resonanz in der kritischen Zivilbevölkerung sowie in progressiven Medien.

Dieses Projekt ist nicht abgeschlossen. Die Politisierung der StudentInnen während und wegen ihrer zunehmend prekären Studiensituation – ausgelöst unter anderem durch die Einführung von Studiengebühren, Privatisierung und zunehmende Verschulung der Bildung, die tendenziellen sozialen Ausschlüsse und den steigenden Effizienzdruck im wirtschaftlichen Sinne (all dies im Wesentlichen durch den Bologna-Prozess verursacht) – passiert trotzdem. Studierende (re)organisieren sich durch politisch-kritische Allianzen und in subversiven Formaten in- oder außerhalb der Uni.

Bleiberecht für alle! Gleiche Rechte für alle!

Dieses „Projekt“ ist eine klare Absage an die rassistische Migrationspolitik im postnationalsozialistischen Österreich. Ein klarer Protest richtet sich auch gegen die aktuell diskutierten politischen Entwürfe für eine Bleiberechts-Regelung der konservativen Innenministerin, nach deren Auffassung sich der Staat aus der Verantwortung für die Lebensbedingungen von Flüchtlingen ziehen soll und deren Versorgung auf einzelne StaatsbürgerInnen, die bereit sind für „Nicht-StaatsbürgerInnen“ zu bürgen, verschoben werden soll.⁶ Der Staat aber behält sich die Entscheidung über Kontrolle, Restriktionen und Abschiebung dieser MigrantInnen vor.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Nein. Denn alle Menschen, die (ge)kommen (sind), sollen das Recht haben, hier zu leben und zu bleiben – mit den gleichen sozialen und politischen Rechten wie sie auch für StaatsbürgerInnen bestehen. Eine politische Entscheidung für ein Bleiberecht und gleiche Rechte für alle würde eine Umverteilung bedeuten, die die Logik des nationalistischen (österreichischen) Staates sprengt. Dieses „Kunstprojekt“ der pcap ist auch eine Forderung, die Teilung der Gesellschaft in StaatsbürgerInnen und „Nicht-StaatsbürgerInnen“ aufzulösen – nicht nur für KünstlerInnen!

Petja Dimitrova ist Künstlerin. Sie lebt und arbeitet in Wien. Seit 2007 ist sie künstlerisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der bildenden Künste Wien.

Anmerkungen

- 1 Satz aus dem Ankündigungstext zum Vernetzungstag und Symposium Freiheit und Prekarität, das am 21. und 22. November 2008 in Linz stattfand. (www.frauenkultur.at/linz2008/programm.htm#freitag [15.1.2009])
- 2 Gilt auch für WissenschaftlerInnen. Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) § 61 (www.igbildendekunst.at/service/aufenthalt [15.1.2009], u.a. auch Infos für StudentInnen).
- 3 Bundesgesetz über die österreichische Staatsbürgerschaft § 16 und Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) § 2 Abs. 2 – rechtmäßige Niederlassung. (www.austria.gv.at/Docs/2006/3/24/StbG.doc [15.1.2009])
- 4 Der Wiener Südbahnhof ist der (!) symbolische Ankunftsort der ArbeitsmigrantInnen seit den 1960er Jahren. (www.gastarbjeteri.at, www.stadt-forschung.at/downloads/Gastarbeiter.pdf [15.1.2009])
- 5 „Bleiberecht für Alle. Eine Ausstellung zum Thema Illegalisierung, Bleiberecht und Bewegungsfreiheit“ (<http://no-racism.net/article/2736> [15.1.2009], pcap: <http://m1.antville.org> [15.1.2009]). Ausstellungsvideo „Bleiberecht für Alle!“: http://pcap.akbild.ac.at/bleiberecht/Bleiberecht_12min.mp4 [15.1.2009]
- 6 Bleiberechts-Entwurf von Innenministerin Maria Fekter (ÖVP), aktueller Stand Jänner 2009. Noch nicht umgesetzt.

**In der Galerie der Siegerinnen –
wir haben es satt, gut zu sein!**

Roswitha Kröll

Frauen sind die angeblichen Gewinnerinnen der Finanzkrise – weil sie nicht so risikoreich gezockt haben... Im Großen und Ganzen sind es wieder die, die sowieso nichts zu verlieren hatten. Deshalb gleich von Gewinnerinnen zu sprechen, halte ich für etwas übertrieben.

„Galerie der Siegerinnen“ war auch ein Projekt, das flexible@art¹ für Linz09 Kulturhauptstadt Europas eingereicht hat und Arbeitsbedingungen im Kunst- und Kulturfeld thematisierte. Das Projekt ging davon aus, dass seit den 1970er Jahren eine Zunahme von Beschäftigungsformen beobachtet werden kann, die vom so genannten Normalarbeitsverhältnis abweichen. Diese so genannten atypischen Beschäftigungsformen sind durch eine Flexibilisierung der zeitlichen, räumlichen und personellen Ressourcen geprägt. Sie zeichnen sich insbesondere durch die Minderung von arbeits- und sozialrechtlichen Normen und Ansprüchen aus. Über Jahrzehnte errungene sozialpolitische Standards waren mit dem Normalarbeitsverhältnis verbunden und kamen somit vor allem einem weißen männlichen Vollzeitarbeiter und „Familienerhalter“ zu Gute.

Frauen wurden wohl als Arbeiterinnen angenommen, allerdings keinesfalls als Vollzeitarbeiterinnen ernst genommen. Frauen wurden höchstens als „Dazuverdienerinnen“ gesehen (auch wenn sie Vollzeit arbeiteten), und sie wurden auch nicht aus der gesellschaftlich geforderten und erforderlichen Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Haushalt, etc.) entlassen. In diesem Zusammenhang ist auch folgende Aussage zu sehen: „Ein arbeitsloser Künstler ist ein arbeitsloser Künstler, eine arbeitslose Künstlerin ist eine Hausfrau.“²

Frauen waren schon immer eher in diesen atypischen und flexiblen Beschäftigungsformen zu finden als Männer. Auch das Kunst- und Kulturfeld weist diese besonderen Beschäftigungsformen häufiger auf als andere Branchen. Diese zunehmende Flexibilisierung der Arbeitswelt geht vielfach mit Tendenzen einher, die als Prekarisierung bezeichnet werden. In prekären Arbeitsverhältnissen fehlt oft gänzlich die Einbindung in ein soziales Sicherungssystem, sie bringen nur unzureichende monetäre Absicherung und bieten oft keinerlei Kontinuität bzw. längerfristige Perspektiven für eine Erwerbsbiographie. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu meint, dass Prekarität „[...] heutzutage allgegenwärtig ist. Im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor, wo sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitstellen vervielfacht hat; in den Industrieunternehmen, aber auch in den Einrichtungen der Produktion und Verbreitung von Kultur, dem Bildungswesen, dem Journalismus, den Medien usw.“³

Allgegenwärtige Prekarität

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Diskussion Ende letzten Jahres über das Ars Electronica Center in Linz, in dem seit Jahren arbeitsrechtlich nicht konforme Arbeitsbedingungen herrschen und sich besonders drastisch zur Zeit des Ars Electronica Festivals abzeichneten: Die Diskussion

um die rechtswidrig als freie DienstnehmerInnen beschäftigten MitarbeiterInnen verschärfte sich parallel zum Neu- und Ausbau des im Jänner 2009 neu eröffneten Ars Electronica Center um mehr als 26 Millionen Euro. Im Zuge des Umbaus (und einer Vergrößerung von 2.500m² auf 6.500m²) wurde auch mehr Personal benötigt. Der Kontrast von Millionenausgaben für Infrastruktur und dem oben beschriebenen arbeitsrechtlichen Umgang mit MitarbeiterInnen war diesen dann doch zu viel und sie klagten im Mai 2008 beim Arbeitsgericht. Für Linz09 zeichnen sich ähnliche Bedingungen für MitarbeiterInnen ab: Spannend zum Beispiel ist die Genderverteilung auf den verschiedenen Ebenen der Organisation. Die künstlerische Leitung bestreite inklusive Martin Heller als Intendanten und Uli Fuchs als seinem Stellvertreter vier Männer. Erst dann, in der Reihe der ProjektentwicklerInnen, findet sich auch eine ganze Riege von Frauen (neun Frauen und vier Männer inkl. Uli Fuchs). Besondere Auswüchse prekärer Beschäftigung sind nicht schwer zu finden: Für die Großausstellungen des OK-Centrums im Rahmen des Projekts Tiefenrausch wurden gegen Verpflegung und ein „Linz09 Leiberl“ KunstvermittlerInnen gesucht.

Der Kunst- und Kulturbereich ist ein Arbeitsfeld, in dem stark prekarisierte Arbeitsverhältnisse auf solche treffen, die zu einem sehr hohen Grad flexibilisiert sind. Bestimmte Eigenschaften, die das Feld zusätzlich aufweist, verstärken diese Ausgangslage noch erheblich: Beispielsweise die von Alexander Meschnig festgestellte Eventisierung der Arbeit in der New Economy, wonach Arbeit zu einer unendlichen Abfolge von guter Laune und Selbstinszenierungen wird – dies gilt insbesondere (auch) für das Kunst- und Kulturfeld. Die Trennung von privat und öffentlich verschwindet zunehmend, „[...] die Freizeit [wird], wenn sie nicht selbst zur Arbeit mutiert, zu einer negativen Abwesenheit von Arbeit“.⁴

Lustgewinn mit fahlem Beigeschmack

Auch im Rahmen des Vernetzungstreffens von kunst- und kulturschaffenden Frauen 2008 in Linz wurde immer wieder die Frage gestellt: Warum tut frau sich das an? Was ist der Benefit, den frau sich von der Arbeit in diesem Feld erhofft? Die häufigsten Antworten waren: Um der Freiheit willen, zu tun und zu lassen was ich will, und weil mir meine Arbeit Spaß macht. – Der Lustgewinn also.

Dieser Lustgewinn bekommt im Kontext des oben Beschriebenen allerdings einen fahlen Beigeschmack. Denn schon lange nicht mehr kann im Kunst- und Kulturfeld nur das getan werden was „Spaß macht“ und „Freiheit zu tun“ heißt. Schon lange sind KünstlerInnen, das zeigten (neben der erst vor kurzem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur veröffentlichten Studie zur sozialen Lage von KünstlerInnen⁵) auch die beim Vernetzungstreffen vorgestellten künstlerischen Arbeiten von Sinan Mollahasanov und Petja Dimitrova.

Die Arbeit „Animal Love“ (2008) von Sinan Mollahasanov zeigt – gerahmt von barocken Tapetenmustern (an das Interieur der Wiener Hofburg erinnernd) – den biografischen Werdegang des Künstlers, der – migrantischer Herkunft – um das Kunststudium zu finanzieren diversen Gelegenheitsarbeiten nachging und auch so genannte „Auftragskunst“ anfertigte, die mit der eigenen künstlerischen Arbeit im besten Fall technische Gemeinsamkeiten aufwies. Auch sein rechtlicher Status mit Aufenthaltsbewilligung als Student einer österreichischen Kunstuniversität war prekär. Sein Studium sowie seine eigene künstlerische Arbeit litten unter diesen Bedingungen erheblich. Thematisiert wird hier die Schwierigkeit und die Illusion der Freiheit der Kunst – zu tun und zu lassen, wie auch zu bleiben wo du willst – in einem so genannten Kunst- und Kulturland Österreich.

Auch Petja Dimitrovas Arbeit zielt in diese Richtung. In der Videoarbeit *Staatsbürgerschaft*, die auch ihre Diplomarbeit (2003) war, ist ihr Kampf um die Erreichung der österreichischen Staatsbürgerschaft zu verfolgen. Als Künstlerin ist es neben den üblichen Bedingungen notwendig, die Wichtigkeit der eigenen künstlerischen Arbeit für den österreichischen Staat eventuell mittels Empfehlungsschreiben zu beweisen.⁶ Seit 2006 bekommen KünstlerInnen normalerweise nur mehr eine einjährige Aufenthaltsbewilligung.

Utopische Forderung nach Verweigerung

Angesichts dieser Tatsachen erfordert es eine besondere Leistung des einzelnen Individuums, sich vom Arbeitsfeld abzugrenzen und bewusst Freizeit zu nehmen. Die Probleme, die durch die Ausübung mehrerer Jobs entstehen, wurden auch am Beispiel von Sinan Mollahasanov deutlich. In jedem Job gelten in der Regel eigene Gesetze: etwa spezielle Kommunikationsmethoden, organisatorische Abläufe oder Verhaltensweisen. Wechsel von einem Job zum anderen gestalten sich daher oft schwierig. Auch die Differenzen zwischen den einzelnen Jobs können im Kunst- und Kulturfeld relativ groß sein, da das Feld selbst sehr unterschiedliche Arbeitsfelder aufweist. Die Qualifikationen, die eine Kunst- und Kulturarbeiterin mitbringen muss, sind relativ umfangreich, nicht leicht zu beschreiben und oft sehr hoch. Sie reichen von Wissen über (sowie Erfahrung mit) Finanzierung und Förderung, PR und Marketing, Kommunikation, Veranstaltungsorganisation oder Kunst- und Kulturvermittlung, Einsatz und Kenntnisse verschiedenster Informations- und Kommunikationstechnologien bis zu Büro-Organisation – alles vereint in einer Person.

In diesem Kontext (ent)steht die oft wiederholte und für alle utopische Forderung nach Verweigerung. Dabei geht es nicht nur darum (wie auch in Si.Si Klockers Film „DIE FRAU, DIE ARBEIT,

DIE KUNST und DAS GELD“ thematisiert), diese zwar im Kunstzusammenhang stehende, aber organisatorische und administrative Arbeit zu verweigern. Sondern – angesichts der ohnehin wenig rosigen Aussichten – auch darum, die Kunst- und Kulturarbeit selbst zu verweigern. Verweigerung z.B. auch, als „Alibifrau“ oder so genannte „Quotenfrau“ irgendwo mitzumachen. Verweigerung von – in diesem Fall essentialistisch gesprochen – frauendiskriminierenden Umgebungen, Verweigerung eines Fremdenrechtsgesetzes und Umgehung desselben mit Hilfe von Allianzen (siehe Petja Dimitrova), Verweigerung an sich. Am Ende steht die weitere Forderung nach der Lust, Kunst zu machen, wann, wo und vor allem wie – unter welchen Bedingungen – wir wollen, in diesem Kulturland, das die Freiheit der Kunst garantiert und das sich Österreich nennt.

Roswitha Kröll (Jg. 1974) ist Künstlerin, Kunst- und Kulturarbeiterin. Angestellt bei FIFTITU% als halbe Geschäftsführerin, freiberufliche Tätigkeiten in kunst- und kulturwissenschaftlichen sowie -praktischen und -politischen Bereichen. Aktivistin bei Radio FRO, stillepost.org und v.o.n. (Verein ohne Namen).

Anmerkungen

- 1 flexible@art war ein transdisziplinäres Forschungsprojekt der Kunstuniversität Linz mit zahlreichen ProjektpartnerInnen. Es wurde gemeinsam mit dem Institut für bildende Kunst und Kulturwissenschaften an der Kunstuniversität Linz, der KUPF – Kulturplattform Oberösterreich, dem Forum Freunde und AbsolventInnen der Kunstuniversität Linz, FIFTITU% – Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur, LIQUA – Linzer Institut für qualitative Analysen, ÖH an der Kunstuniversität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität und Abteilung für Kunst- und Kulturosoziologie an der Universität für Angewandte Kunst in Wien durchgeführt. (www.flexibleatart.ufg.ac.at [18.01.2009])
- 2 www.kuenstlerinnen.at/studie/_theorie_politik/ist-analyse.htm [20.01.2009]: Gespräch mit Barbara Klein (LINK.*; [kosmos.frauenraum](http://kosmos.frauenraum.in.wien)) in Wien am 09.09.2000
- 3 Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK, 1998: 96-102
- 4 Meschnig, Alexander (2003): Unternehme dich selbst! Anmerkungen zum proteischen Charakter. In: Meschnig, Alexander; Stuhr, Mathias (Hg.): Arbeit als Lebensstil. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2003: 26-44
- 5 Schelepa, Susanne; Wetzels, Petra; Wohlfahrt, Gerhard: Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich. Wien: L&R Sozialforschung, 2008 (www.bmukk.gv.at/medienpool/17401/studie_soz_lage_kuenstler_en.pdf [18.01.2009])

6 „Verleihung der Staatsbürgerschaft bei Vorliegen eines Rechtsanspruches: [...] sechsjähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt und wenn die Verleihung auf Grund bereits erbrachter und zu erwartender außerordentlicher Leistungen auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem, künstlerischem oder sportlichem Gebiet im Interesse der Republik liegt.“ (www.wien.gv.at/verwaltung/personenwesen/staatsbuergerschaft/rechtsan.html [16.02.2009])

Zurück zum Start

Zum Grundeinkommen ist es noch ein langer Weg – vielleicht führt er über die Arbeitsmarktpolitik

Juliane Alton

Am 23. Oktober 2008 wurde im Rahmen des dritten deutschsprachigen Grundeinkommenkongresses in Berlin eine Erklärung über ein emanzipatorisches Grundeinkommen verfasst. Schon der Kreis der Unterzeichner/innen sagt etwas über die konkreten Umsetzungschancen aus. Keine der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien setzt sich für ein Grundeinkommen ein. Die Grünen haben ein Grundsicherungsmodell für Künstler/innen entwickelt, eine bedarfsorientierte Grundsicherung befindet sich im Grünen Grundsatzprogramm. Bei der SPÖ wiederum ist die in der vergangenen Legislaturperiode proklamierte Grundsicherung (die so genannte Mindestsicherung) weder im Parteiprogramm noch im aktuellen Regierungsprogramm zu finden. Unter der Überschrift: „Mindestsichernde Elemente und Vereinfachungen im Arbeitslosenversicherungsrecht“ heißt es dort ziemlich unehrgeizig: „Unter dem Vorbehalt der Umsetzung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in den Bundesländern erfolgt gleichzeitig der Ausbau mindestensichernder Elemente im Arbeitslosenversicherungsrecht.“ Bis sich die neun Bundesländer auf ein Modell und dessen Finanzierung geeinigt haben, dürfte noch einige Zeit vergehen, auch wenn es im Moment so aussieht, als wäre Kärnten der einzige Bremsklotz.

Doch wie weit ist die Idee der bedarfsorientierten Mindestsicherung von einem emanzipatorischen Grundeinkommen entfernt? Das Problem liegt tatsächlich in der Idee, nicht in der Finanzierung. (Über Finanzierungen zu reden ist nach dem „Bankenpaket“ ohnehin eine Fleißaufgabe). Doch um die Vorstellungskraft zu erproben, sei hier dennoch ein einfaches Rechenbeispiel angeführt. Ein Grundeinkommen von 1.500 Euro pro Monat für 8,3 Millionen Menschen kostet rund 150 Milliarden Euro im Jahr. Das jährliche Steueraufkommen in Österreich liegt bei etwa 70 Milliarden Euro im Jahr (Prognose 2008-2011).

Die Idee des Grundeinkommens ist nicht nur eine von „linken“ Gruppierungen (eine Rolle spielen z.B. Attac, die Katholische Sozialakademie, die KPÖ, deutsche Gewerkschaften...), es gibt auch das relativ bekannte Modell eines Unternehmers, der über erhöhte Konsumsteuern ein Grundeinkommen finanzieren will.¹ Der zugrunde liegende Gedankengang: Arbeit zu besteuern ist falsch, weil Arbeit in einer arbeitsteiligen Gesellschaft den Beitrag jedes/jeder Einzelnen zum Gemeinwohl darstellt. Konsum hingegen verbraucht die gemeinsam produzierten Güter und kann daher als Regulativ genutzt werden. Eine Reihe von Vorteilen für Unternehmen (Ersparnis von Sozialabgaben; Verbrauchssteuern tangieren Unternehmen nicht, sondern werden von privaten Endverbraucher/innen bezahlt) bleiben in dem Modell unerwähnt. Interessanter erscheint mir das Modell „Vier-in-einem“ von Frigga Haug, das aber kein bedingungsloses Grundeinkommen vorschlägt, sondern sehr wohl Bedingungen an die Ausbezahlung eines Grundeinkommens knüpft: Erwerbsarbeit, Reproduktion (Familienarbeit), Bildung und Kultur sowie Politik (Gemeinwesenarbeit) müssen in einem Leben Platz finden.²

Angesichts der politischen Aussichtslosigkeit, binnen überschaubarer Zeit ein Grundeinkommen – bedingungslos oder nicht – durchzusetzen, scheint es mir wichtig, politische Zwischenschritte in diese Richtung zu machen. Vor allem im Bereich Arbeitsmarktpolitik können Akzente gesetzt und Ideen weiter entwickelt werden.

Keine guten Ideen

1. Die Prekarisierung vorantreiben

Wiederkehrende Arbeitslosigkeit ist für Berufe im Kunst- und Kulturbereich ein berufsspezifisches Phänomen aufgrund der häufig projektbezogenen Anstellungen. Das gilt speziell für den Theater- und Filmbereich, doch auch für die Kulturarbeit insgesamt. Es ist daher unsinnig, Kulturarbeiter/innen, die regelmäßig Arbeitslosengeld beziehen, in ihrem Beruf als nicht erfolgreich und als Umzuschulende einzustufen. Genau das aber macht Team 4, das in Niederösterreich und Wien als AMS-Auftragnehmer für Arbeitsvermittlung im Theater- und Filmbereich zuständig ist. Vorrangiges Ziel dabei: Die „Ich-AG“, wie Team 4 auf seiner Homepage bekennt. Vor der Auslagerung in den privaten Verein Team 4, das selbst vom zuständigen Beamten im BMASK (BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) als teuer kritisiert wird,³ gab es im Rahmen des AMS engagierte Arbeitsvermittlung für den Bühnen- und Filmbereich. Jetzt gibt es Kurse in Selbstvermarktung und anderen „Fächern“, die von den Kursteilnehmer/innen als teuer und wenig tief gehend kritisiert werden (z.B. 2.500 Euro für einen dreiwöchigen Kurs „Camera-Acting“ mit neun Stunden pro Woche, d.h. mehr als 92 Euro pro Stunde für jede Teilnehmer/in). Das ist ein Negativbeispiel für Arbeitsmarktpolitik in der Kultur.

2. Kombilohn

2006 floppte das Kombilohn-Modell des damaligen ÖVP-Wirtschaftsministers Bartenstein: Junge und ältere Langzeitarbeitslose durften einen Teil ihrer

Arbeitslosenunterstützung weiter beziehen, wenn sie einen Job annehmen und insgesamt weniger als 1.000 Euro verdienen. Der Zuspruch war begrenzt: 356 Personen nahmen den Kombilohn in Anspruch. Die Idee, den „Niedriglohnsektor“ auszubauen, war in Wirklichkeit ein Geschenk an Handelsunternehmen, die Mitarbeiter/innen nur für einen sehr kleinen Teilzeitjob anstellen wollten. Seit einiger Zeit wird an einem neuen Kombilohnmodell gearbeitet. Berechnungen von IHS und AMS gehen von 2.500 möglichen neuen Jobs und von Kosten in der Höhe von 14 Millionen Euro aus (467 Euro pro Beschäftigtem und Monat). Trotz dieser vergleichsweise hohen Kosten geht man davon aus, dass es jedenfalls vorteilhaft sei, Leute in Beschäftigung zu bringen, weil diese ein Ausgangspunkt für die Rückkehr in den „ersten Arbeitsmarkt“ sein kann. Doch ist es grundsätzlich nicht sinnvoll, den Niedriglohnsektor auszubauen – schon deshalb nicht, weil dies im Widerspruch zum politischen Ziel steht, gesetzliche Mindestlöhne zu etablieren. Gerade der Staat muss daran interessiert sein, dass seine Bürger/innen gut entlohnt werden. Zum anderen wirken derartige Kombilöhne als Subventionen für (gewinnorientierte und hochprofitable) Unternehmen, die keine oder weniger reguläre Dienstverhältnisse abschließen wollen, was keinesfalls im öffentlichen Interesse sein kann. Kombilohn im gemeinnützigen Bereich wäre hingegen ein denkbare Modell.

Bessere Ideen

1. STWUK

Eine spezielle, auf den gemeinnützigen Bereich beschränkte Ausformung des Kombilohns wurde im Oktober 2008 bei der steirischen Landeskulturkonferenz der IG Kultur Steiermark thematisiert: STWUK – Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojektträgergesellschaft. Es geht darum, dass Langzeitarbeitslose über Lohnsubventionen während eines gewissen Zeitraums wieder in den „ersten Arbeitsmarkt“ hineinwachsen. Das Be-

schäftigungsmodell wird von autonomen Initiativen in Form von Beschäftigungsprojekten realisiert und richtet sich auch an gut ausgebildete Menschen. Der Erfolg ist bestechend: gerade im Kulturbereich finden 60 % der so Unterstützten wieder Arbeit über das Beschäftigungsprojekt hinaus, 40 % bleiben im Kulturbereich tätig. Schöner Nebeneffekt: Kulturinitiativen erhalten aus Arbeitsmarktmitteln Arbeitskräfte. Die „Verweildauer“ im Projekt lag bis Ende 2007 bei zwölf Monaten, seither ist sie auf neun Monate gefallen, weil das AMS Mittel in die Ausbildung von Metallarbeiter/innen investieren musste. Das Problem dabei: Die Perspektive verschlechtert sich für die Menschen, weil sie über das Projekt nicht mehr die Anwartschaft für Arbeitslosengeld erreichen können, die bei zwölf Monaten innerhalb von zwei Jahren liegt. Die Anwartschaft überhaupt zu erreichen, ist ein generelles Problem für Leute in der Projektarbeit. Ein weiteres Problem ist die „Höhe“ des Arbeitslosengeldes, das bei rund 55% des Arbeitsentgelts liegt.

2. Mindestsicherung

Eine Mindestsicherung wie sie derzeit diskutiert wird, hat einen großen Haken: die Kontrolle und Entwürdigung ihrer Bezieher/innen durch die Behörden und die damit verbundene Ausuferung der Sozialbürokratie. Geht man davon aus, dass es möglich wäre, dieses Problem in den Griff zu bekommen – z.B. durch bessere Gesetze und durch bessere Schulung von Beamten/innen und die Definition ihrer Aufgabe als unterstützend im Gegensatz zur derzeitigen Kontrollinstanzfunktion (mehr den Geist als den Buchstaben eines Gesetzes als Richtschnur anwenden!) –, brächte die Mindestsicherung zwei Vorteile gegenüber dem Status quo: Der Kampf um das Erreichen der Anwartschaft fiele weg, weil die Mindestsicherung nicht vom Anspruch auf Arbeitslosengeld abhängig wäre. Entschärft würde auch das Problem, dass das Arbeitslosengeld nicht die Lebenshaltungskosten deckt. Die Mindestsicherung orientiert sich

am Ausgleichszulagenrichtsatz, dem vom Staat zugestandenem Existenzminimum in Österreich. Seine „Höhe“ liegt 2009 bei 772,40 Euro im Monat für eine alleinstehende Person. Dieser Wert liegt aber weiterhin unter der Armutsgrenze von 850 Euro, den die Armutskonferenz als Existenz sichernd bezeichnet.

Es geht jetzt also darum, dass die politischen Interessenvertretungen der Künstler/innen und Kulturschaffenden sowie sonstige Vorkämpfer/innen für soziale Gerechtigkeit brauchbare Modelle unterstützen und um deren Umsetzung auf breiterer Basis kämpfen. In erster Linie bietet sich hier das STWUK aus der Steiermark an, dem als Projekt des AMS und des Landes Steiermark nicht der Makel des Alternativen anhaftet. Immerhin liegen die Arbeitsmarkttagenden nun bei einem gewerkschaftsgeschulten Sozialdemokraten und nicht mehr bei einem neoliberal gesinnten ÖVP-Minister. An die Arbeit!

Dieser Text von Juliane Alton entstand aus dem gemeinsam mit Elfie Resch beim Symposium Freiheit und Prekarität Ende November 2008 in Linz gehaltenen Vortrag „Wie das Geld zu den Künstlerinnen und die Kunst in die Welt kommt“.

Juliane Alton hat Theaterwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft studiert. Sie ist seit 2004 Geschäftsführerin der IG Kultur Vorarlberg, seit 2006 Obfrau der IG Kultur Österreich. Elfie Resch ist Friedensbewegungs- und Frauenbewegungsaktivistin und feministische Gewerkschaftsaktivistin. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Grundsicherungsdebatte.

Anmerkungen

- 1 Götz A. Werner, Gründer und Eigentümer von dm (Drogeriemarkt) sowie Anthroposoph, verbreitet seine Idee sogar via Lehrkanzel.
- 2 Haug, Frigga (2008). Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument
- 3 Mag. Roland Sauer am Rande einer Podiumsdiskussion des Kulturrat Österreich am 20.2.2007.

Prekäre (sexuelle) Arbeit an der Gesellschaft

Jo Schmeiser

„Das ist halt auch Arbeit, die man sozusagen uneigennützig und fürs Gemeinwohl tätig verrichtet, nicht? Für jede Frage 5 Euro. [Lachen] Oder für ‚Wo kommst du her?‘ – 10 Euro. ‚Bist du ein Mann oder eine Frau, oder was bist du?‘“

„50 Euro.“ [Lachen]

„Es wird immer höher.“

„Ne, so ‚ne Hierarchie würde natürlich keinen Sinn ergeben.“

„Ne.“

„Das ist ein Aushandlungsprozess.“

„Genau. Oder eine Spendendose. Vielleicht wäre das ein aktiver Lernprozess für Leute, die man mag, aber die das nicht lernen und immer mal wieder solche Fragen stellen. So: ‚Wenn du das das nächste Mal fragst, zahlst du 5 Euro in die Spendenbox.‘“ [Lachen]
(Ausschnitt einer Diskussion der Protagonist_innen von „working on it“¹)

Als ich den Film von Karin Michalski und Sabina Baumann in Linz zeigte, wurde bei dieser Szene viel, wenn nicht am meisten, gelacht. An derselben Szene entzündete sich dann aber auch, wohl nicht ganz zufällig, die längste und hitzigste Debatte unter den Teilnehmer_innen des Workshops „Prekarität und Freiheit der Wahrnehmung“. Warum?

Weil die Szene den Zusammenhang von Minorisierung und Prekarisierung deutlich macht? Weil sie zeigt, dass die unterschiedlichen Achsen von Diskriminierung hierarchisch miteinander verflochten sind, und dass ein Solidarisch-Handeln ohne kritische Selbstwahrnehmung im gesellschaftlichen Kontext nicht möglich ist?

Doch erst die Vorgeschichte: Von den feministischen Wissenschaftler_innen zum Symposium Freiheit und Prekarität eingeladen, wollte ich dort über den Zusammenhang von Prekarisierung, gesellschaftlicher Positionierung und visueller Repräsentation diskutieren. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass marginale oder zentrale² gesellschaftliche Positioniertheit (mit)bestimmt, welche Arbeitsmöglichkeiten und welche Entlohnung eine_r in der Gesellschaft angeboten bzw. verweigert werden, und dass diese Positioniertheiten auch den Blick und das Darstellungsrepertoire der Akteur_innen prägen. Es ging mir im Wesentlichen um ein Nachdenken über kleine Sabotagen des hegemonialen Status Quo und damit verknüpft um mögliche Utopien in Richtung einer egalitär strukturierten Gesellschaft. Einer Gesellschaft nämlich, die vielen und vielen unterschiedlichen Selbst-Entwürfen Raum geben würde, ohne diese notwendigerweise als strikt voneinander abgegrenzt zu denken und sie als solche endgültig festzuschreiben. Selbst-Entwürfe im Hinblick auf Geschlecht und Sexualität, aber auch auf Ethnizität oder Religiosität.

Sexuelle Arbeit

Mit „working on it“ wollte ich einen Film zur Diskussion stellen, der den Aspekt der Arbeit und Prekarisierung noch einmal anders fokussiert, als dies beim Symposium der Fall war. Gleich zu Beginn des Films wird der Begriff der sexuellen Arbeit eingeführt. Dieser Begriff dient dazu zu zeigen, dass an Arbeitsplätzen nicht nur Produkte oder Dienstleistungen, sondern auch Subjekte

erzeugt werden. Und diese werden nicht nur als ökonomische, sondern auch als sexuelle Subjekte hergestellt. Es entsteht eine Art doppelte Produktivität, wie Brigitta Kuster, eine der Autor_innen und Herausgeber_innen von „Reproduktionskonten fälschen“ und „sexuell arbeiten“³ erklärt.

Renate Lorenz, ebenfalls Autor_in und Herausgeber_in dieser Publikationen, verdeutlicht den Begriff der doppelten Produktivität am Beispiel zweier Programmiererinnen. Beide Frauen arbeiten in Firmen, wo sonst nur Männer tätig sind. Die eine Programmiererin wird von den Kollegen als heterosexuelles Gegenüber adressiert. Gleichzeitig soll sie aber dem Bild des guten (männlichen) Programmierers entsprechen. Die andere Programmiererin wird zwar von den Kollegen eher als Kumpel betrachtet, muss sich jedoch deren sexistische Witze über andere Frauen anhören. Beide Programmiererinnen werden nicht nur ökonomisch, sondern auch sexuell in bestimmter Weise adressiert. Sie sind am Arbeitsplatz permanent damit beschäftigt, die Rollenbilder Programmierer und sexuelles Subjekt möglichst effizient mit dem eigenen Selbstbild zu verhandeln, das heißt, mit den unterschiedlichen Adressierungen souverän zu spielen, sie partiell zurückzuweisen und vielleicht neu zu definieren.

Interessant ist auch, wie der Film auf der Darstellungsebene mit Repräsentationen von (sexueller) Arbeit umgeht. So fungiert eine Büchertapete, aus der Protagonist_innen gemeinsam ein Rechteck herausnehmen, so dass ein weißes Feld zurück bleibt, zum einen als Kontext für den Screen, auf dem Gespräche mit Protagonist_innen präsentiert werden. Zum anderen performen Protagonist_innen vor dieser Büchertapete an einem ebenfalls eindeutig gebastelten Schreibtisch. Sie zeigen kritische Bilder, Bücherattrappen und überzeichnen dokumentarische Konventionen wie die Darstellung des weißen heterosexuellen Wissenschaftlers beim Interview. Auch das Setting von „working on

it“, ein ehemaliger Supermarkt, den die Protagonist_innen umgestalten und als Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Diskussionsort nutzen, wird in seiner Geschichte als (Vor)Ort migrantischer und weiblicher Reproduktionsarbeit thematisiert und verqueert.

Sexuelle als politische Identitäten

Der Film geht dem Aspekt der sexuellen Arbeit bei ganz unterschiedlichen Subjekten nach. Doch jede Auflistung, wer oder was die Protagonist_innen des Films sind, würde hier zu kurz greifen. Dennoch muss ich es versuchen, um an meinem Scheitern *buchstäblich* zu zeigen, worum es „working on it“ geht: fixe Kategorien vorzuführen und zu hinterfragen, sie zu verschieben, ohne aber existierende Gegebenheiten – seien es Körper, Differenzen oder Hierarchien – zu leugnen, sondern im Gegenteil mit und trotz dieser Gegebenheiten an einer partiell gemeinsamen Politik zu arbeiten.

Also: Die Protagonist_innen des Films sind beispielsweise Afro-Deutsche. Oder sind es Schwarze Deutsche? Oder sie sind – was? „Working on it“ führt vor, wie problematisch fixe Begriffe und Bilder sind, die sich eine_r vom Gesehenen macht. Vor allem nimmt der Film auch das Subjekt, das diese Begriffe oder Bilder reproduziert, in den Fokus. So führt etwa ein_e Protagonist_in des Films, von mir bis dahin ganz klar als schwuler Schwarzer Typ *erkannt*, Folgendes aus: „Mit ADE-FRA konnte ich mich nicht identifizieren, weil ich keine afro-deutsche Frau bin, sondern eher pansexuell. Schon transsexuell, aber auch pansexuell. Um es zu vereinfachen sage ich immer, dass ich offiziell schwul bin, was aber nicht heißt, dass ich nur Interesse an Männern hätte, aber bisexuell würde es auch nicht treffen. Schon allein wegen der sexuellen Identität hat sich nie irgendeine Organisation geboten, an die ich mich hätte anschließen wollen. So: weil die queere Bewegung wieder nicht afro genug ist.“

Gegen Ende des Films küssen sich dann zwei Eisbären und fahren auf einem Motorrad davon. Sie grüßen einen *Mann* (?), der ihnen am Fahrrad entgegen kommt und der Eisbär, dem man es nicht ansieht, grüßt zurück: Alles ist möglich, vor allem das, was wir nicht sehen (können). Der Film lenkt den Blick nicht nur auf die Herstellungsprozesse von Geschlecht, von Sexualität, von Ethnizität, sondern auch auf deren spielerische oder kämpferische, in jedem Fall aber amüsante Umarbeitung – durch die Subjekte, die angeschaut werden, aber auch durch die Subjekte, die anschauen.

Indem der Film die dokumentarische Tradition, die Protagonist_innen unter einer Gruppe zu subsumieren, konsequent verweigert, wirft er schließlich auch die Frage nach Identität und Identitätspolitik neu auf. Identitätspolitik wird heute oft als essentialistisch denunziert oder als schlicht veraltet abgetan. Und interessanterweise geschieht das gerade dann, wenn die Frage auftaucht, wer an einem Projekt beteiligt ist und wer nicht. An der Auseinandersetzung mit Identitäten kommen wir (noch) nicht vorbei. Werden Identitäten einfach ignoriert, und dies gilt auch für zugeschriebene, so werden sie dennoch (eben dem hegemonialen Status Quo gemäß) hergestellt und an Personen festgemacht – auch wenn diese das nicht wollen. Deshalb ist es notwendig, mit identitären Zuschreibungen oder Selbstdefinitionen politisch zu arbeiten, sie zu verdrehen und die Arbeit, die damit verbunden ist, sichtbar zu machen. Es ist wichtig, diese Arbeit nicht als unbezahlte ehrenamtliche zu verstehen, sondern als Arbeit an der Gesellschaft, deren Entlohnung gefordert werden muss.

Die 10-Euro-Frage

Zurück zum Anfang, zur Debatte unter den Teilnehmer_innen in Linz. Die 10-Euro-Frage war und ist für die politischen Migrant_innen ein klarer Affront. Und sie genossen es, diesen endlich auch bei Freund_innen oder Unterstützer_innen mit

deren freiwilliger 10-Euro-Spende in die Box be-
lohnt zu wissen. Anderen, sehr jungen, majoritären
Teilnehmer_innen des Workshops war vor dem Film
noch nicht klar gewesen, dass die Frage nach der
Herkunft die Gewalt von Ausbürgerung und er-
zwungener Rückkehr in ein mittlerweile meist fikti-
ves Herkunftsland involviert. Die Zurückweisung
bestimmter ethnischer, sexueller, religiöser oder
geschlechtlicher Adressierungen ist Arbeit an der
Gesellschaft, die – wie die Debatte in Linz deutlich
zeigte – Angehörige der Mehrheitsgesellschaft
wahrnehmen und vielleicht auch partiell überneh-
men lernen müssen.

Ein_e Protagonist_in des Films formuliert es so:
„Es ist eine Bereicherung, Menschen ungefähr so
wahrzunehmen, wie sie gesehen werden möchten,
unabhängig von ihren körperlichen Gegebenhei-
ten. Das klingt jetzt vielleicht sehr abstrakt und
theoretisch, funktioniert aber auch tatsächlich. Da
hab’ ich kein Problem mit. Es ist auch keine Den-
kleistung mehr inzwischen. Ich finde das sehr span-
nend, weil ich denke, das könnte dann ja bei an-
deren Leuten auch funktionieren. [Lacht.]“

I’m working on it. We’re working on it. Bleibt noch
die Frage, wer dies nicht tut und auch gar nicht
tun muss, weil er_sie über Zugehörigkeit zu oder
Assoziation mit der hegemonialen Gruppe ökonomisch,
sozial und sexuell abgesichert ist. Und wie
man die dazu kriegt, ihre gesellschaftliche Positio-
nierung und die damit verbundenen Sicherheiten
in Frage zu stellen? Let them work on this question
or at least pay for it.

Jo Schmeiser ist Künstlerin, Grafikerin und Autorin.
Unter dem Label Klub Zwei arbeitet sie derzeit
mit Simone Bader am Dokumentarfilm „Liebe
Geschichte“. Der Film versammelt Frauen, die
Nachkommen von Nazi-TäterInnen sind und sich
kritisch mit ihrer Familiengeschichte beschäftigen.

Anmerkungen

- 1 Der Dokumentarfilm „working on it“ von Karin
Michalski und Sabina Baumann (D 2008) wird
beim Identities-Film-Festival 2009 seine Öster-
reich-Premiere haben. Alle hier zitierten
Dialoge aus dem Film wurden von mir leicht
gekürzt und verschriftlicht.
- 2 Zentral und marginal bezeichnen hier keine
linearen Gegenpole. Ich verwende sie als
Hilfswörter, die einen Gegensatz benennen
sollen, ohne diesen aber als binären verstehen
zu wollen. Beides kann zum Beispiel durchaus
auf ein und dieselbe Akteur_in zutreffen.
Wichtiger als das Labelling „marginal“ oder
„zentral“ ist vielmehr, wer in welchem Kontext
und in Bezug worauf marginal oder zentral
positioniert wird, und wie diese Marginalisie-
rungs- bzw. Zentralisierungsprozesse funk-
tionieren.
- 3 Die Publikationen „Reproduktionskonten fäl-
schen. Heterosexualität, Arbeit & Zuhause“
von Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate
Lorenz (Hg.) und „sexuell arbeiten. eine quee-
re perspektive auf arbeit und prekäres leben“
von Renate Lorenz und Brigitta Kuster sind
1999 und 2007 bei b_books Berlin erschienen.

Manifest im Handstand. Version 1.1

Die Chronistin 1.1 (Marty Huber)

Es gibt immer ein Vorher, ein Woher eines Manifestes, wie auch ein Wohin. Einige Weichen für diese erste Fassung des Manifestes wurden beim Vernetzungstreffen von Frauen in Kunst und Kultur und beim Symposium Freiheit & Prekarität im November 2008 in Linz gestellt.

Nur nicht vergessen: Das Zusammentragen der Sehnsüchte, Wünsche und Begehren hat Tradition, manches geht dabei verloren oder wird neu aufgerollt, identitäre Positionen verschieben sich, es trafen und treffen sich Frauen, die sich trotz Widersprüchen und Revisionen nicht unterkriegen lassen wollen. Diese Frauen haben verschiedene Hintergründe, Erfahrungen, Staatsbürgerinnenschaften, sexuelle Vorlieben, sind verzweifelt und wütend, manche frohen Mutes „unweiblich“, sind mehrerer Sprachen fähig und müssen sich mit Übergriffen beschäftigen – aufgrund des vorherrschenden Sexismus, Rassismus, der Homo- und Transphobie, Islamophobie oder des Antisemitismus.

Trotz dieser Erfahrungen und mit diesen hat sich das gemeinsame Sprechen und Streiten wieder und wieder erprobt in neue, erweiterte Kontexte aufgeschwungen, um sich zu behaupten, zu statuieren, aber auch, um sich loszulassen. Diese erste Fassung des Manifestes der Versammlung Freiheit & Prekarität sei dazu da, zu steigen und zu fallen, weiter getragen zu werden und sich zu verändern.

1. Jede/r hat die Freiheit ein/e KünstlerIn zu sein!

Raus mit den verstaubten Vorstellungen von Genie und Elite. Ein Ende den Ausbildungsbeweisen, Anerkennungsritualen und trendigen Szenarien. Ein Ende den Kurien, die bestimmen, wer KünstlerIn ist. Endlich raus mit den Meisterklassen in unseren Köpfen. Freiheit auch der Kulturarbeiterin, der Kulturvermittlerin, den Begeisterten, die stolz die Ärmel hochkrempeln und manchmal ein Glas Prosecco schlürfen. Mit ihnen ein Hoch auf die freien Radio- und sonst wie MedienmacherInnen, die sich gegen Frequenzenklau behaupten, als PiratInnen Monopole stürzen und schwarz-auf-weiß drucken, was sonst niemand drucken will. Jede/r ist frei, das zu sein und wiederholter Weise etwas in dieser Art zu werden.

2. Jede/r ist frei, sich überall niederzulassen, zu kommen und zu gehen!

Nieder mit den Niederlassungsbewilligungen und Abschiebungsbescheiden. Ein Ende der Schleierfahndung, den Kopftuch-EnthüllungskolonialistInnen. Ein Ende der strukturellen Gewalt gegen Frauen und andere Minderbeheitete. Ein Ende der Aufbüdung der Traditionsbewahrung und der Innovationsmultitaskingleistungen. Bleibe reicht für alle, nur der Kopf ist so beschränkt, Papiere den einen zu verweigern und den anderen aufzuzwingen. Niemand hat das Recht, über andere zu entscheiden.

3. Geld allein ist das Ende der Utopie!

Geld ist ein Tauschmittel, das gewisse Zwecke erfüllt, es ist ein Mittel zum Zweck, aber der Zweck des „in Freiheit tätig sein zu können“ darf nicht aus den Augen verloren werden. Die Arbeit an einer gerechteren Welt lässt sich nicht am Bruttoinlandsprodukt messen.

4. (Reproduktive) Arbeit muss gerecht verteilt werden!

Generationen von Streiterinnen vor uns haben diesen Kampf geführt und er wird weiter getragen, weil er immer noch notwendig ist. Weder ist die Verteilung der reproduktiven Arbeiten wie Haushalt, Kindererziehung und Pflege unter den Geschlechtern zu einem geringsten Grade fortgeschritten, noch ist der Anteil von Frauen an bezahlter Arbeit maßgeblich gestiegen. Im Gegenteil: Ein Großteil der Frauen wird in Teilzeitarbeit abgeschoben, Drittstaatsangehörige müssen sich mit der Nicht-Anerkennung ihrer Ausbildungen herumschlagen.

5. Gleicher Zugang zu Ressourcen für alle!

Umverteilung von Ressourcen darf nicht nur ein Schlagwort bleiben, sondern muss allumfassende Praxis werden. Zugang zu Mitteln und Möglichkeit, zu Bildung und schon vorhandenem Wissen darf nicht von Geschlecht, Hautfarbe, Klasse, StaatsbürgerInnenschaft, sexueller Orientierung, usw. abhängig gemacht werden. Die Wahlfreiheit muss eine echte Wahlfreiheit sein und darf nicht mit der kontrollierten Vergabe von Almosen verwechselt werden.

6. Freiraum und Orte für alle!

Die Betreibung und Erhaltung von Räumen ohne kommerziellen Charakter muss gefördert und Spekulation mit Wohn-, Schaffens- und Lebensraum verboten werden. Leerstehende Häuser müssen befreit und diversen kommunalen Zwecken zugeführt werden. Offene Räume sollen weiters die Möglichkeit schaffen, Diskurse zu verbreitern und politischen, emanzipatorischen Bewegungen und ihren Momenten in der Geschichte Platz zu geben – zur Etablierung, Entwicklung und zur Auflösung und Neuerfindung.

7. Zirkulation von Macht und Lust!

Niemand hat das Recht immerzu zu herrschen,
niemand hat das Recht immerzu beherrscht
zu werden. Macht muss und Lust wird zirkulieren!

Marty Huber ist Dramaturgin und Performance-theoretikerin sowie queere Aktivistin. Seit Oktober 2005 Sprecherin der IG Kultur Österreich.

Die Frau, die Arbeit, der Pass... und das Geld

Freiheit und Prekarität. Vernetzungstag und Symposium. Ein Bericht.

Daniela Koweindl

SI.SI Klockers Dokumentarfilm „Die Frau, die Arbeit, die Kunst und das Geld“ war nicht nur Teil des Programms der Veranstaltung Freiheit und Prekarität, die am 21. und 22. November 2008 in Linz stattfand, sondern steckt mit seinem Titel auch in etwa einen Rahmen ab, innerhalb dessen verschiedenste Fragen rund um die Begriffe Freiheit und Prekarität letztlich zwei Tage lang (gegliedert in einen Vernetzungstag und ein Symposium) verhandelt wurden. Die Auseinandersetzung blieb jedoch keineswegs in kunst- oder kulturpolitischen Debatten stecken. Anspruch der Veranstalterinnen (FIFTITU%, IG Bildende Kunst, IG Kultur, Verband feministischer Wissenschaftlerinnen) war es, den wissenschaftlichen, künstlerischen, kulturellen, zivilgesellschaftlichen, politischen und in jedem Fall feministischen Austausch zu fördern und in der Folge handlungsorientierte Konsequenzen zu ziehen. Den inhaltlichen Fokus konnten die Teilnehmer*innen durch die zum Teil offenen Veranstaltungsformate letztlich immer wieder selbst bestimmen.

Kunst und Wissenschaft: prekär arbeiten, prekär leben

Den Auftakt am Vernetzungstag bestritten Petja Dimitrova und Roswitha Kröll mit Projektpräsentationen. Während Petja Dimitrova den Fokus auf die Prekarisierung von Leben ohne EU/EWR-Pass legte, standen bei Roswitha Kröll prekäre Arbeitsverhältnisse im Mittelpunkt der vorgestellten Projekte. Ihren Vortrag mit dem Titel „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen“ begann Petja Dimitrova mit einem kurzen Abriss vorherrschender Migrationspolitiken (und den damit einhergehenden Ausschlussmechanismen) seit den 1960er Jahren. Anschließend erläuterte sie die aktuellen rechtlichen Möglichkeiten von Künstler*innen und Wissenschaftler*innen, ohne EU/EWR-Pass in Österreich zu leben. Ihr bildliches Zwischenresümee: Durch die Illegalisierung werden Migrant*innen zunehmend in „instabile U-Bootverhältnisse gedrängt“. Dass diese Formen der Prekarisierung bereits mit dem Studium beginnen und dort auch Eingang in die (künstlerische) Auseinandersetzung mit der eigenen Position in diesen Prekarisierungsprozessen finden, zeigte Petja Dimitrova anhand von drei künstlerischen Arbeiten von Studierenden exemplarisch auf. Kunstuniversitäten spielten auch in dem von Roswitha Kröll vorgestellten Projekt flexible@art eine wesentliche Rolle: Von der Kunstuniversität Linz mit Projektpartnerinnen durchgeführt, beschäftigte sich das mehrjährige transdisziplinäre Forschungsprojekt mit „Prekarisierungs- und Flexibilisierungstendenzen im kulturellen, künstlerischen Sektor und darüber hinaus“. Mit einer Präsentation von verschiedenen Arbeiten, die auch im Rahmen einer Ausstellung von flexible@art zu sehen waren oder dem für Linz 09 Kulturhauptstadt Europas eingereichten, aber abgelehnten Projekt „Galerie der Siegerinnen“ stellte Roswitha Kröll zudem Beispiele künstlerischer Auseinandersetzung mit den (eigenen) Arbeitsbedingungen in Kunst und Kultur vor.

Anschließend an diese Inputs (einer breiten Palette an Beispielen künstlerischer sowie wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Prekarisierungsprozessen und abschließender Publikumsdiskussionen) stand am ersten Veranstaltungstag ein Open Space auf dem Programm. Im Sinne des Vernetzungsgedankens sollte damit der Rahmen für einen Austausch zu bestimmten Aspekten im Kontext von Freiheit und Prekarität geschaffen werden.

Open Space ist ein nicht-hierarchisches, inhaltlich und formal offenes Verfahren für größere Gruppen, das nach dem Kernprinzip der Selbstorganisation konzipiert ist. Dabei haben alle Anwesenden zunächst die Möglichkeit, wichtige Anliegen, Themen oder Fragen zu nennen, um sich anschließend in Kleingruppen damit zu befassen. Wer ein Thema nennt, kann – aber muss nicht – zu diesem arbeiten. Finden sich mehrere Interessierte zu einem vorgeschlagenen Thema, wird eine lose Arbeitsgruppe gebildet. Die Anzahl der Arbeitsgruppen ist nicht vorgegeben, es entstehen beliebig viele. Zum Prinzip des Open Space gehört auch, dass jede*r jederzeit wechseln und im Laufe des Tages auch bei mehreren Themen und Gruppen teilnehmen kann. In jedem Fall werden am Ende die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen in einem moderierten Schlussplenum zusammengeführt und allen Anwesenden präsentiert. Somit lag es an den Teilnehmer*innen, den weiteren Verlauf des Tages – mit Fokus auf Freiheit und Prekarität – inhaltlich selbst zu gestalten. Aus den eingebrachten Themen entstanden schließlich vier Arbeitsgruppen: Verweigerung, Allianzen, Kapitalien und „Galerie der Siegerinnen“.

Wie lässt sich symbolisches Kapital umverteilen?

Von verschiedenen Kapitalbegriffen im Kontext künstlerischer Produktion ausgehend setzte sich die Arbeitsgruppe zu Kapitalien insbesondere mit Machtstrukturen im Zusammenhang mit – sozialem, kulturellem, ökonomischem, geistigem – Kapital auseinander und kehrte schließlich mit einer Reihe von Fragen ins Plenum zurück: Wie etwa ließe sich symbolisches Kapital umverteilen? Wie setze ich meine einmal erarbeitete Macht ein? Ist die Reproduktion von und durch Prekarität unter anderem in feministischen Zusammenhängen notwendig oder die falsche Strategie? Wo beginnt die Selbstausbeutung? Für mögliche Strategien einer „Gegenumverteilung“ sollten Allianzen und Netzwerke geschaffen werden. Dass hierbei aber immer auch (etwa in Bezug auf mächtigere Partner*innen in einer Allianz) Gefahren bestehen, hielt wiederum die Allianzen-Arbeitsgruppe im Plenum fest und merkte an, dass Allianzen tendenziell auf den Ruf von Minderheiten hin entstehen. Warum haben Mehrheiten keinen Bedarf an Allianzen? Wegen des ohnehin vorhandenen Zugangs zu Ressourcen? Doch auch angesichts der Schwierigkeit, solch strategische Zusammenschlüsse aufzubauen und aufrecht zu erhalten, resümierte die Allianzen-Arbeitsgruppe letztlich mit einem Plädoyer zweifellos für Allianzen – jedenfalls solange die eigenen Ziele damit erreicht werden.

An Plädoyers und Forderungen mangelte es auch nicht in der Arbeitsgruppe zum Thema Verweigerung: Um Verweigerung einfacher zu gestalten, muss ein **tool kit** her! Watchlists ausbeuterischer und diskriminierender Auftraggeber*innen (z.B. Institutionen, Vereine etc.) erstellen, Infos über erhaltene Honorare austauschen, Offenlegung von Gesamt- bzw. Projektbudgets einfordern und in Relation zu (Künstler*innen)Honoraren stellen, nicht die „Alibi-/Quotenfrau“ (z.B. in Podiumsdiskussionen, Publikationen, Ausstellungen, etc.) spielen, nicht-geschlechtergerechte Sprache ablehnen,...

und viele andere Vorschläge mehr haben die Teilnehmer*innen dieser Arbeitsgruppe als notwendige Handlungsansätze für den Arbeitsalltag gesammelt. Wichtiger Faktor dabei sind Solidaritäten – im Austausch von Wissen und Erfahrungen sowie in der Verweigerung! (Frauen-)Netzwerke und Interessenvertretungen könnten hier eine wichtige Rolle einnehmen.

Den Stellenwert von Solidaritäten strich auch die Arbeitsgruppe „Galerie der Siegerinnen“ in ihrer Ergebnispräsentation hervor. Gerade im Zuge von Vereinzelung im prekären Arbeitsleben müsse „schamlose Sichtbarkeit“ statt „schamhaftem Verstecken“ gelten, um strukturelle Probleme aufzuzeigen. Als ein möglicher Ausweg aus dem ökonomisch prekären Leben wurde in der „Galerie der Siegerinnen“ etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert und die Frage gestellt: Welche Folgen hätte das?

In Freiheit tätig sein

Angenommen, fragte Elfie Resch (in ihrem Doppelvortrag mit Juliane Alton zum Grundeinkommen) das Publikum, Sie hätten 1.500 Euro monatlich zur Verfügung: Wie würden Sie Ihr Leben gestalten? So startete das Symposium am zweiten Veranstaltungstag mit Wünschen, Träumen und individuellen Utopien vom Leben ohne dringende ökonomische Sorgen. Wie ein bedingungsloses und Existenz sicherndes Grundeinkommen aussehen könnte, erläuterten die Referent*innen nicht ohne Umverteilungsnotwendigkeiten auch im Bereich reproduktiver Arbeit anzusprechen. Juliane Alton verwies dabei auf die Vier-in-Einem-Perspektive von Frigga Haug zur gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen. Ein Grundeinkommen also doch an Bedingungen geknüpft? Wie würde sich ein Grundeinkommen auf die (kreative) Produktivität der Bezieher*innen auswirken? Was ist von neoliberalen Grundeinkommenentwürfen

zu halten? Ist Grundeinkommen gleich Grundeinkommen? Gleichgültig, woher das Geld dafür auch kommen soll? Rund um diese Fragen entwickelten sich die hitzigsten Debatten.

Im darauf folgenden Vortrag „Bewegungsfreiheiten, Frauenmigration und Utopie“ setzte sich Luzenir Caixeta mit Perspektiven auf Frauenmigration auseinander. Sie konzentrierte sich dabei auf eine Befreiungslogik im Gegensatz zu einer Ausgrenzungslogik. Gerade Frauen, die migrieren und in der Sexarbeit tätig sind, werden oftmals in die Opferrolle gedrängt. Migration als selbstbestimmter emanzipatorischer Akt und klarer Bruch mit dem System (Widerstand) wird hierbei allzu oft ausgeschlossen, sofort tritt der Verdacht von Menschenhandel auf. Während also etwa Freiheit, Mobilität und Flexibilität einerseits positiv besetzt sind, ist diese Sichtweise auf eine einzige Bewegungsrichtung beschränkt: Mobilität ist vom Norden in den Süden erlaubt (früher durch Kolonialismus, heute durch Tourismus, auch Sex-Tourismus), so Luzenir Caixeta, in die andere Richtung hingegen ist Migration sehr begrenzt und wird ebenso stark kontrolliert.

Bleibe reich für alle!

Mit drei Workshops bot auch der Symposiumstag anschließend an die Vorträge nochmals Diskussionsräume im kleineren Rahmen. Jo Schmeiser zeigte in ihrem Workshop „Prekarität und Freiheit der Wahrnehmung – Sabotage/n und Utopie/n für eine egalitäre Gesellschaft“ den Film „working on it“ von Karin Michalski und Sabina Baumann. In der anschließenden Diskussion dominierte die Migrant*innen so oft gestellte Frage „Woher kommst du?“ die Auseinandersetzung. Was daran rassistisch ist? Dass die Frage aufgrund von „anderem“ Aussehen oder „anderer“ Sprache überhaupt gestellt wurde; der implizite Verweis auf ein Nicht-Hierher-Gehören; ein auf eine Antwort folgendes willkürliches Verorten und

Assoziieren mit exotisierenden Bildern; usw. usf. Allein die Erwartung, hierauf eine Antwort zu erhalten (oder jedenfalls eine Erklärung, warum keine Antwort gegeben wird), bedeutet für die Befragten mühsame und sich stets erneut wiederholende Arbeit. Warum sollen Minderheiten immer wieder dieselbe Aufklärungsarbeit gegenüber Mehrheitsangehörigen leisten? Aber, so Workshopteilnehmer*innen, auch diese Arbeit (unbezahlt) zu leisten, gilt es zu verweigern.

Im Workshop „PREKÄRE FREIHEIT – Paradox des Begehrens, Normativität, Migration, Bett und Widerstand“ fragten Tania Araujo und Galia Stadlbauer-Baeva die Teilnehmer*innen nach ihren Begehren in der momentanen Situation. Es folgte eine Auseinandersetzung mit Zusammenhängen von Prekarität und Begehren, dem Begehren bei Jacques Lacan, und dem (Video-)Projekt „Hybride Körper“ von Migrawood, bei dem Gäste des Filmfestivals Crossing Europe befragt wurden, was für sie beispielsweise Begehren, Migration etc. sei.

„Schreiben im Handstand“ war der Titel des spontan von Marty Huber angesetzten Workshops zur „Manifestierung von Ideen der Tagung in Pamphletform“. Entstanden ist ein Manifest-Skelett in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Ungarisch) aus sechs Grundsatzforderungen wie etwa: „Bleibe reich für alle“ oder „(Reproduktive) Arbeit muss gerecht verteilt werden“. Die Workshopteilnehmer*innen haben in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Ungarisch) sechs Grundsatzforderungen erarbeitet (z.B. „Bleibe reich für alle“ oder „(Reproduktive) Arbeit muss gerecht verteilt werden“) und diese als eine Art „Skelett“ für ein mögliches Manifest präsentiert.

Individuell und kollektiv: prekär weiterkämpfen

Ein letztes Abschlussplenum diente dem Feedback zur Veranstaltung und Fragen nach nächsten Schritten. Wie soll der hier gestartete Austausch

fortgeführt werden? (Wann) Wird es ein nächstes Vernetzungstreffen geben? (Wann) Ein nächstes Symposium? Wie wird mit den Ergebnissen aus dem Open Space und den Workshops weitergearbeitet? Manche Fragen blieben (vorerst) offen, einzelne konkrete Vorschläge zum Weiterentwickeln von kollektiven Strategien zum Überleben im prekären Alltag wurden ausgesprochen. Für das individuelle Handeln gibt es die eine oder andere Anregung aus diesen zwei Tagen intensiver Auseinandersetzung mitzunehmen. Zur gemeinsamen Weiterarbeit wird die schon bisher bestehende Frauen-Vernetzungs-Mailingliste dienen.

Daniela Koweindl ist kulturpolitische Sprecherin der IG Bildende Kunst und hat als Teil der Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Prekarität an der Konzeption und Organisation der Veranstaltung mitgearbeitet.

freiheit und prekärheit

Links

Freiheit und Prekarität. Vernetzung und Symposium. Linz 2008
www.frauenkultur.at/linz2008

Vernetzung: Frauen in Kunst und Kultur
www.frauenkultur.at

FIFTITU% – Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in
Oberösterreich
www.fiftitu.at

IG Bildende Kunst
www.igbildendekunst.at

IG Kultur Österreich
www.igkultur.at

Verband feministischer Wissenschaftlerinnen
www.vfw.or.at

Mailinglist

Es besteht eine Mailinglist zur Vernetzung kunst- und kulturschaffender Frauen. Eine Subskription ist auf Anfrage an FIFTITU% möglich: fiftitu@servus.at

Herausgeberinnen

Arbeitsgemeinschaft aus FIFTITU%, IG Bildende Kunst, IG Kultur Österreich, Verband feministischer Wissenschaftlerinnen
c/o Bürogemeinschaft
Gumpendorfer Straße 63B
1060 Wien

Redaktion

Iris Aue, Gabi Gerbasits, Marty Huber, Ursula Kolar, Patricia Köstring (Koordination), Daniela Koweindl (Koordination), Roswitha Kröll, Sabine Prokop, Gerlinde Schmierer

Lektorat

Jo Schmeiser

Grafik

Jo Schmeiser

Schrift

Avenir, Stone

Erscheinungsdatum

8. März 2009

Download Reader und Kontakt

www.frauenkultur.at/linz2008

Geschlechtergerechte Sprache

Der * wie z.B. auch _ dienen (ursprünglich in Programmiersprachen) als so genannte Platzhalter. In der geschriebenen deutschen Sprache stellen * bzw. _ (ebenfalls als Platzhalter) Hilfsmittel oder jedenfalls Versuche eines geschlechtergerechten Sprachgebrauchs dar, um explizit Platz für mehr als bloß eine strikte Zuordnung zu männlich oder weiblich einzuräumen.

Finanziell gefördert von

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung,
Direktion Kultur
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung,
Büro für Frauenfragen
Bundeskanzleramt, Sektion für
Frauenangelegenheiten
Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung, Abteilung II/3
Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung, Abteilung III/2
Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur, Abteilung VI/7
Linz Kultur

»Es ist nicht dasselbe, von der Prekarität als einer Identität zu sprechen, oder von der Prekarisierung der Existenz als eines lebendigen sozialen Prozesses, welcher Identitäten hervorbringt, die veränderbar und vielfältig sind.«

precarias a la deriva – Silvia López

»Es geht immer um die Frage der Identität – in einem strategischen Sinne. Manchmal ist es brauchbar zu sagen:

»Ich bin prekär«, manchmal aber auch nicht.«

precarias a la deriva – Laura Cortés

»»Die Arbeit sickert in dein Leben«, aber ein »gutes Leben« sickert scheinbar nicht genug in die Arbeit, wodurch diese dann wiederum zu etwas transformiert werden könnte, mit dem man kollektiv zufrieden wäre«

kpD – kleines postfordistisches Drama

BUNDESKANZLERAMT  FRAUEN



BM.WLF^a
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

bm:uk



LiNZ
verändert